Berichtsvorlage
Ref.III/015/2026

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Ausschuss für Umwelt, Klima- und Naturschutz	11.11.2026	öffentlich	Bericht

Betreff:

Veränderungen des GEG. Auswirkungen des Gebäudemodernisierungsgesetzes (GModG) auf die Klimaziele der Kommune
hier: Antrag der Ökologischen Fraktion (Grünliberale/ÖDP) vom 16.07.2026

Anlagen:
Sachverhaltsdarstellung
Antrag der Ökologischen Fraktion (Grünliberale/ÖDP) vom 16.07.2026

Bericht:

Im vorliegenden Sachverhalt wird von Seiten der Verwaltung und der N-ERGIE dargestellt, welche Auswirkungen das GModG potenziell auf die Klimaziele der Stadt Nürnberg hat. Dabei wird erläutert, welche möglichen Auswirkungen das GModG auf die Umsetzung des Kommunalen Wärmeplans hat und es wird insbesondere darauf eingegangen, ob die bisherigen Annahmen zum Fernwärmeausbau, zu Anschlussquoten und zur Dekarbonisierung des Gebäudebestands weiterhin realistisch sind und auch, welche Maßnahmen erforderlich sind, um mögliche negative Auswirkungen abzufedern. Zudem wird darauf eingegangen, inwiefern möglicherweise entstehende Lücken im Wärmebereich durch zusätzliche oder beschleunigte Klimaschutzmaßnahmen in anderen Sektoren geschlossen werden können. Zuletzt werden die Risiken einer begrenzten Verfügbarkeit erneuerbarer gasförmiger Energieträger für die Dekarbonisierung der Fernwärme von Seiten der N-ERGIE und der Umgang mit diesen dargelegt, um dennoch die angestrebte klimaneutrale Wärmeversorgung sicherzustellen.

1. Finanzielle Auswirkungen:

☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ *weiter bei 2.*)

☒ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten	€	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft	☐ nur für einen begrenzten Zeitraum
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☒ Nein

☐ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Es handelt sich um eine Fachdebatte zum Klimaschutz in der Stadtverwaltung. Dies ist nicht diversity relevant.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA und DiP** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☒ **3.BM**

☐

☐